

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffkotten und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. sabb., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 5. Dec. [In der Drohnoten-Angelegenheit] erfährt neuestens die „Köln. Ztg.“ von zuverlässiger Seite, daß die Cabinette Oesterreichs und Preussens, da sie zu einer Einigung darüber nicht gelangen können, entschlossen sein sollen, die Sache, so weit sie gemeinschaftliche Schritte beider Mächte berührt, ruhen zu lassen. Die Nachricht hat viel Wahrscheinliches, und unsere Behauptung, daß die „vormachtliche“ Allianz nicht so gefährlich sei als sie aussieht, findet darin wieder eine Bestätigung. Die entgegengesetzten Interessen der beiden Dynastien lassen eine feste Allianz auf die Dauer nicht zu. Was aber speciell die Drohnotengeschichte betrifft, so weiß Graf Bismarck nur zu gut, daß ein preussischer Antrag beim Bunde, ohne die Zustimmung Oesterreichs, eine entschiedene Niederlage erleiden würde. Ebenso wird sich der Mann von „Blut und Eisen“ zweimal bedenken, bis er, was unlängst die „Kreuztg.“ mit Bestimmtheit in Aussicht stellte, den Weg der „Selbsthilfe“, d. i. des Bundesbruchs, betritt, eine, besonders im gegenwärtigen Augenblicke zu dunkle und verhängnisvolle Bahn, als daß sie so leichten Sinnes von einem Staatsmanne eingeschlagen werden könnte, der zunächst die Erhaltung des Hohenzollern-Staates als wichtigstes Ziel nicht aus dem Auge verlieren darf.

[Ueber angebliche Pläne Preussens] schreibt der Londoner „Globe“ d. d. Berlin 26. Nov.: Glaubwürdige Nachrichten besagen, der Preussische Plan für die Annexion der Herzogtümer sei im Monat September in einer Denkschrift des Grafen Bismarck dem Könige überreicht und von demselben gebilligt worden. Die wesentlichsten Punkte desselben seien:

1) von Oesterreich zu verlangen, daß es seine Rechte auf den Mitbesitz Schlesiens gegen die sofortige Auszahlung des Antheils der Kriegskosten Oesterreichs, der auf Schleswig falle, an Preußen abtrete;

2) daß Oesterreich die Verwaltung Holsteins an Preußen abtrete, seine Truppen aus Holstein zurückziehe, und gegen die sofortige Auszahlung der Kriegskosten Oesterreich, deren Zahlung Holstein zur Last falle, die Civil- und Militärverwaltung Holsteins an Preußen übertrage;

3) Graf Bismarck werde hierauf den Europäischen Mächten anzeigen, Preußen habe definitiv Besitz von Schleswig genommen und bitte um ihre Anerkennung, indem er sich auf die folgenden Thatsachen stütze: Schleswig ist kein Bundesgebiet und folglich ist es nur dem internationalen Gesetz unterworfen, nach welchem das Herzogthum bloß Oesterreich und Preußen gebührt. Da der Wiener Vertrag allen Mächten mitgetheilt und von keiner derselben bestritten worden ist, so hat keiner der Präbidenten, weder Augustenburg noch Oldenburg, ein Recht auf Schleswig, da Preußen die Cession seiner Rechte auf Holstein beschränkt hat. (?) Wenn demzufolge Oesterreich seine Rechte an Preußen abtritt, so wird Schleswig kraft des internationalen Gesetzes Preußen allein gehören.

Nachdem Schleswig so in den Besitz Preussens über-

gegangen sei, werde Graf Bismarck dem von England, Frankreich und auch dem Deutschen Bunde ausgedrückten Wunsche gemäß, die Stände Holsteins einberufen, um sie über das definitive Schicksal Holsteins zu Rathe zu ziehen. Graf Bismarck beweist nicht, daß die Stände unter diesen Umständen für die Annexion stimmen würden, welche auf diesem Wege ohne Eroberung und Gewaltthat vollzogen werde.

Das ist der Preussische Plan, aus dem Graf Bismarck nach glaubwürdigen Angaben in Paris kein Hehl gemacht haben soll. Graf Bismarck soll dort freundschaftliche Gesinnungen für Preußen gefunden und nur erfahren haben, ein Wunsch für die Anerkennung Italiens werde vielleicht bei Oesterreich ausgedrückt werden und in diesem Falle würde die Unterstützung Preussens angenehm sein. Man würde gern in eine Erweiterung der Macht Oesterreichs in der Richtung der Donauemündungen einwilligen, was für die Handelsbeziehungen Oesterreichs, Deutschlands und Frankreichs sehr wichtig sein würde. Die Römische und Venetianische Frage werde von Preußen in seinem eigenen Interesse als neutrales Gebiet betrachtet und Oesterreich und Frankreich allein überlassen werden. Mit diesen allgemeinen, aber wichtigen (?) Bemerkungen soll Graf Bismarck Paris verlassen haben. Er hat den Italiensischen Gesandten nur besucht, um Oesterreich einzuschüchtern und ihm zu zeigen, was Preußen eventuell thun könne. Die beiden ersten Punkte sind Oesterreich vertraulich unterbreitet und verworfen worden; das Samenorn ist indessen nicht gänzlich auf einen unfruchtbaren Boden gefallen. (?)

In wie weit diese Angaben Grund haben, wissen wir nicht. Wir theilen sie unsern Lesern einfach als einen der vielen Versuche im gegenwärtigen Augenblicke mit, das Dunkel zu lichten, in welches sich der preussische Premier zu hüllen verstanden hat.

[Eine Einladung an die Zollvereinsregierungen] zum Beitritte zu dem mit Italien abzuschließenden Handelsvertrage ist, mit Hinweis auf die Erklärungen Bayerns und Sachsens, soeben von der preussischen Regierung ergangen.

[Der Brief Ludw. Simon's] an Löwe-Calbe, aus welchem wir unsern Lesern einen Auszug mitgetheilt, ist wie die „Berl. Ref.“ hört, im Namen einer größeren Anzahl deutscher Flüchtlinge in Paris verfaßt worden.

[Preussische Press-Schicksale.] Am Sonnabend wurde der Redacteur der Stettiner „Oberzeitung“ von dem Untersuchungsrichter vernommen. Er sollte den Verfasser eines in Nr. 434 der „Oberzeitung“ enthaltenen, aus Rastow, den 14ten September datirten Artikels nennen. Dieser Artikel läßt sich über die mangelhafte Redaction der conservativen „Zeitung für den Reg.-Bez. Köslin“ aus. Die Vernehmung war erfolgt auf Antrag des Kösliner Regierungspräsidenten v. Köhe, und ist der Redacteur des betr. Kösliner conservativen Organs ein dortiger Regierungsrat. Der Vernommene sagte aus, daß er den Verfasser nicht wisse, da ihm der Artikel anonym zugehandt; diese Aussage wurde von ihm eidlich erhärtet.

[Ueber das Befinden des belgischen Königs] lautet das neueste auf telegraphischem Wege hierher gelangte Bulletin weniger befriedigend.

Wien, 2. Dec. [Staatsconfusion. Die deutsch-slavischen Landtage. Oesterreich.

franz. Handelsvertrag. Die Presse über die Regierungspolitik. Zum Gasteiner Vertrag.] Der Ministerrath beschäftigte sich gestern vier Stunden lang mit der „croatischen Frage.“ Es soll beschlossen worden sein, streng nach dem Wortlaute des Art. 42 des ungarischen Landtages von 1861 vorzugehen, welcher hinsichtlich der Ausfertigung des Krönungs-Diploms die Zusammengehörigkeit Croatiens mit Ungarn festsetzt.

Was die deutsch-slavischen Landtage betrifft, so ist am Laibacher Landtage (Krain) die slavonische Partei, welche eine Vertrauens-Adresse wollte, unterlegen und wird auch höchst wahrscheinlich in Klagenfurt (Krain), Linz (Oberösterreich) und Salzburg der Antrag der Reichsraths-Partei durchgehen, während in Brünn (Mähren), wie die Vertrauens-Adresse abgelehnt wurde, auch der Antrag von Schusella und Genossen abgelehnt werden, ähnlich wie in Troppan (Schlesien) geschah. In Prag, wo Fürst Carlos Auersperg, der Präsident des Herrenhauses, noch immer nicht aus Wiesbaden zurückgekehrt ist, hat Herbst, da die deutsche Partei bei der Vorfrage, ob ihr Antrag der Adress-Commission zuzuweisen, überstimmt wurde, seinen Antrag zurückgezogen. In Graz ist dem Antrage der Autonomisten gegen die Sistirung (?) der Februar-Versammlung die Majorität gesichert, und endlich in Wien legt der Ausschuß zwei Adressentwürfe vor, von denen selbst derjenige der Majorität, vom Berichterstatter Tinti verfaßt, kaum mehr eine Spur der bekannten scharfen Erwägungen zeigt und im Grunde nur ein Comprimis ist, während der vom Cardinal von Rauscher verfaßte Minoritäts-Entwurf der jetzigen Regierung geradezu ein Vertrauens-Botum ertheilt. Am endlich auch noch Siebenbürgen zu erwähnen, so haben die Landtags-Mitglieder eine Conferenz bezüglich der Unionsfrage gehalten, wobei sich ergab, daß die Bescheidung des Pesther Landtages Seitens Siebenbürgens keinem Zweifel unterliegt; die Rumänen leisten keinen Widerstand und die Sachsen erweisen sich als getheilt. Die Centralisten, insofern sie an dem weiteren Reichsrathe festhalten, müssen bereits als geschlagen betrachtet werden, sie befinden sich in der entschiedensten Minorität. Im böhmischen Landtage ist der Antrag der Verfassungs-partei in der Minorität geblieben. — Die Verhandlungen wegen des österreichisch-französischen Handels-Vertrages sollen noch im Laufe dieses Monats ihren Anfang nehmen, da die Vorbereitungen bereits geschlossen sind. Ritter v. Schwarz wird im Laufe der nächsten Tage hier erwartet. Die Grundlage des mit Frankreich abzuschließenden Handels-Vertrages ist bekanntlich der neue österreichisch-zollvereinsländische Tarif. — Ueber die Regierungs-Politik der jüngsten Zeit schreibt das feudale Wiener „Vaterland“:

Unsere Politik in Schleswig-Holstein ist wirklich so schwer verständlich, daß keiner der uns bekannten Mei-

ner...

schon irgend ein Ziel derselben anzugeben vermag. Nur das steht fest, daß wir durch diese Politik uns Deutschland entfremdet, Preußen erzürnt und Frankreich tief verstimmt haben, ohne dafür irgend eine Aussicht auf einen Vortheil zu gewinnen.

Die Ungezucht und Unzufriedenheit, mit der hier Alles aus der Krift heraus nach einer definitiven Entscheidung brängt, giebt sich allenthalben in der Presse kund. So schreibt der Wiener „Wanderer“:

Mehrfache Anzeichen sprachen bereits in den letzten Tagen dafür, daß Preußen sich dazu rüste, die diplomatische Action in der Herzogthümerfrage wieder aufzunehmen. Die Berufung des k. preussischen Gesandten am Wiener Hofe, Baron Wertber, nach Berlin dürfte wir erst heute diesen Symptomen bezählen, nachdem wir in der Lage sind, von einer aus guter Quelle uns zugehenden Mittheilung Gebrauch zu machen, wonach das Berliner Cabinet im Begriffe steht, die Initiative zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein in den Herzogthümern herbeizuführendes Definitivum mit dem Wiener Cabinet zu ergreifen. Es wird uns versichert, daß vorzugsweise deshalb von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen die Rede ist, weil es in den Intentionen des Berliner Cabinetes gelegen wäre, den Faden dieser letzteren dort anzufassen, wo er nach der bekanntgemachten von österreichischer Seite erfolgten Ablehnung der preussischen Februar-Bedingungen abgerissen ist. Man will in Berlin die Fruchtbarkeit einer Discussion des Februar-Programms mit Oesterreich nochmals auf die Probe stellen, und erst dann zu einer entscheidenden diplomatischen Action, welche mit einem wirklichen Wendepunkte in der ganzen seitherigen Haltung Preußens gleiche Bedeutung gewinnen würde, übergehen, wenn die Ergebnisse dieser Probe den Standpunkt des Februar-Programms unbedingt als einen verlorenen bezeichnen sollten.

Wie wenig Veranlassung man hier hat, gegen Preußen zuvorkommend zu sein, beweisen folgende Mittheilungen zur Geschichte der Gasteiner Convention, welche der „N. F. Z.“ von guter Seite aus Mailand zugehen:

Es war vor dem Vertrag von Gastein. Oesterreich sträubte sich lebhaft gegen die Bismarck'schen Zumuthungen, und wollte das Provisorium des Provisoriums fortbestehen lassen, während der Appetit des Herrn Grafen immer lebhafter wurde. Als nichtsofortwärtiger Mensch dorff tanbe Oeben bebielt, schickte Bismarck einen geheimen Agenten nach Florenz. Dieser stellte dort vor, die Annahmungen Oesterreichs gegen Preußen seien ins Maßlose geschienen und letzterem bleibe nichts übrig, als an den Krieg zu denken. Ob Italien mitgeben wolle? Nahtlich Gegenfrage: Was in diesem Falle Preußen zu bieten im Stande sei? Ob es einen Handelsvertrag mit Italien für den ganzen Zollverein garantiren wolle? Ebenso die Anerkennung von Seiten der Mittel- und Kleinstaaten und die Neutralität des Bundes? Das wurde förmlich zugesagt, und da Herr v. Bismarck in dem Handelsvertrag und der Anerkennung zugleich vortreffliche Mittel zur Pression auf Oesterreich sah, so setzte er förmlich alle Hebel in Bewegung, um daran zu arbeiten. Damit war aber die italienische Regierung noch nicht betriebligt. Für den Kriegsfall wolle sie ein förmliches Bündniß; Garantie Preußens, daß im Friedensbeschlusse Venetien an Italien fallen solle, und da man von Preußen nicht ganz versichert sei, daß es nicht, trotz des geschlossenen Bündnisses, einseitig Frieden schließen werde, so verlange es noch für diesen Punkt die Garantie Frankreichs und die Zusage, die Preußen von der französischen Regierung erwirken müsse, daß die Rheinprovinzen als Pfand für das Bündniß gelten sollten, zu welchem Behufe Frankreich einige Truppen an der Grenze concentriren solle. Wollte Preußen das eingehen, so würde die italienische Armee an demselben Tage den Po überschreiten, wo Preußen die österreichische Grenze überschritte. Wenn nicht, so werde man nur nach den Umständen und im eigenen Interesse handeln. Sobald Herr v. Bismarck im Besitze dieser Antwort war, hatte er nichts Eiligeres zu thun, als die ganzen Verhandlungen dem österreichischen Cabinet vorzulegen, natürlich mit einigen Verschönerungen und Erweiterungen. Entweder — oder! Oesterreich gab dem Vertrage von Gastein seine Zustimmung — es fühlte sich nicht in der Lage, gegen Preußen und Italien zusammen, mit Frankreich als Reserve im Hintergrunde, Krieg anzufangen.

Ausland.

H. Paris, 3. Dec. [Bevorstehender Ministerwechsel in Italien. Finanzminister Fould wieder einmal auf dem Holzwege. Spanische Hidalgo's.] Was ich Ihnen vor ungefähr einem Monate über die Gerüchte geschrieben habe, welche die Reaction in Betreff der Politik Victor Emanuels ausgesprengt hat, bestätigt

sich jeden Tag mehr. Schon die Thronrede bei Eröffnung der italienischen Kammern zeigte, daß das Gegentheil jener Gerüchte die Wahrheit ist. Weit entfernt, gegen die Wünsche des Landes die Unterhandlungen mit Rom fortzusetzen, hat der König von Italien vielmehr seine Lieblingssprojecte aufgegeben, und statt die Kammer aufzulösen, wird allem Anscheine nach in wenigen Tagen das Ministerium aufgelöst werden. Eine entschiedenerer Volkspolitik, vertreten durch die verstärkte Opposition der Linken und des linken Centrums, wird alsdann die schwankende, unentschiedene Politik des bisherigen Ministeriums ersetzen. Die italienische Nation hat nicht mehr nötig, Frankreich zum Gefallen, mit dem Cardinal Antonelli zu liebäugeln. Der französischen Regierung wird's mit der Septemberconvention grade so ergehen, wie mit ihren ursprünglichen Plänen in Betreff einer italienischen Conföderation; sie wird gegen ihren Willen gezwungen werden, jene Convention im italienischen Sinne ausführen zu lassen. Die schlaue französische Diplomatie, welche nur von einer mächtigen persönlichen Gewalt ausgeht, findet ihren Meister in der italienischen, welche von einem ganzen Velle getragen wird. Ein Volk, das, wie das italienische, politischen Verstand mit Patriotismus vereinigt, ist mächtiger als der mächtigste Autokrat, als der einflussreichste und lächerlichste Minister, welche ihre Rechnung ohne den Wirth machen. Der Wirth ist in unserer Zeit überall die Majorität des Volkes, selbst da, wo es in der Staatswirthschaft nichts mitzusprechen hat. Diese Herren verrechnen sich daher immer, aber sie sehen ihre Fehler erst ein, wenn es zu spät ist. So hat Oesterreich zu spät eingesehen, daß es den Wünschen Ungarns Rechnung tragen muß. So wird Preußen einst, wenn es zu spät ist, die Fehler der Bismarck'schen Politik einsehen. Die hiesige Regierung hat schon mehr Verwarnungen bekommen, als sie den Journalen gegeben hat; aber sie macht, trotz aller Schlaubeit, noch immer Fehler auf Fehler, und wird daher am Ende an sich selbst das Geheiß vollstreckt sehen, welches sie nach wiederholten Verwarnungen in Ansehung der durch dieselben betroffenen Journale vollstreckt. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die kleinsten Mißgriffe in den inneren Angelegenheiten weit schwerer wiegen, als die größten Fehler in den auswärtigen. Es klingt fast komisch und ist doch wahr: das Decret, welches die Verfassung des Luxemburger Gartens zur Aufbesserung des Finanzbudgets anordnet, schadet der Regierung vielleicht mehr, als die mexikanische Expedition, das Liebäugeln mit Bismarck, Oesterreich und der römischen Curie. — Eummüdig durch den Krieg, den er in den Budgetangelegenheiten, namentlich in der wichtigen Frage der Armereeduction, über seine Kollegen davon getragen hat, glaubte der Finanzminister Fould auch aus den Domänen Nutzen ziehen zu können für die Aufbesserung des mit einer Catastrophe drohenden Staats-Budgets. Aber schon bei der projectirten Veräußerung eines Theiles der Staatswaldungen stieß er auf einen unerwartet energischen Widerstand der Nation und mußte die Erfahrung machen, daß er auf dem Holzwege war. Noch weit unpopulärer zeigt sich das todgeborene Project, aus dem Luxemburger Garten Geld zu machen. Der lächerliche Griff, diese Angelegenheit durch ein Decret fait accompli zu machen, wird vielleicht seinen Sturz herbeiführen. Sicher ist, daß das Decret nicht zur Ausführung kommt. Schon wird in den officiellen Blättern, z. B. in der „Patrie“, die einen heißenden Artikel gegen das Decret bringt, Verwahrung dagegen eingelegt, als ob dieses Project von der städtischen Verwaltung ausgegangen wäre. Die Presse, das Volk (in Petitionen) und die Kammer werden sich einstimmig dagegen erheben, und Herr Fould wird zu spät einsehen, daß man wohl über Minister, aber nicht über die öffentliche Meinung siegen kann, selbst dann nicht, wenn man von einer allerhöchsten Hand getragen wird. — Nachdem sich der Finanzminister die Armee zum Feinde gemacht hat, ohne dadurch an Popularität zu gewinnen, bringt er jetzt die ganze öffentliche Meinung in Aufruhr, ohne seinen Zweck zu erreichen.

*) Vergl. unsern Leitartikel in Nr. 207: „Die italienische Thronrede.“

Aus alledem geht hervor, daß es leichter ist, Schulden zu machen, als zu tilgen. — Die Nachrichten aus Spanien hören nicht auf, beunruhigend zu sein. Es fehlte noch, daß sich die Regierung durch ihre Don Quixoterie in Chili sämtliche europäische und amerikanische Mächte auf den Hals lud. Wenn der Conflict nicht bald geschlichtet wird, muß er sich unvermeidlich weiter ausdehnen, als die Hidalgo's ihrer katholischen Majestät erwartet haben mögen. Die Fortbeeren, welche die deutschen Großmächte in Dänemark gepflückt haben, scheinen die Ritter von der Mancha nicht mehr schlafen zu lassen. — John Mitchell hat sich hier als Correspondent eines New-Yorker Blattes niedergelassen.

* Paris, 3. Dec. [Tagesbericht.] Die Pariser fangen wieder an, witzig und humoristisch zu werden, ein Zeichen der Zeit, das schon mehr als eine Dynastie zu ihrem Schaden in den Wind geschlagen hat. So hat das ewige taktlose Berichtigen der Regierung dieser den Spitznamen gebracht: „Monsieur communiqué“. Dieser dummdreiste Monsieur hat in der letzten Zeit Formen angenommen wie ein Elefant, der mit seinen plumphen Beinen in alles hineintappt, was einem Minister, einem Präfecten, ja, oft einer Größe dritten und vierten Ranges unangenehm zu hören ist. Man fragt sich, wozu denn der Moniteur in doppelter Gestalt auf Staatskosten täglich ausgeht, wenn man auch noch Papier und Druckerwärze von Privaten alle Augenblicke requiriren will, um der heimgejudten Redaction die Spalten mit Ausfällen gegen ihr eigenes bestes Wissen und Gewissen zu füllen. — Der Amerikanische General Schofield ist hier angekommen. Die „Patrie“ sagt darüber, das fonderbare Gerücht laufe um, daß General Schofield mit einer Mission bezüglich der Räumung Mexico's Seitens der Französischen Truppen betraut worden sei. Die „Presse“ äußert sich dahin, es könne allerdings nicht bestritten werden, daß Schofield eine Mission in Frankreich habe, fügt jedoch hinzu, daß sie kaum auszusprechen wage, es handle sich dabei um eine Räumung Mexico's. Von guter Seite wird nun versichert, die Sendung betreffe ausschließlich Mexiko. Das Cabinet von Washington lasse dem Kaiser mittheilen, daß einestheils die von Maximilian erlassene Proscription der Juaristen, anderentheils aber auch die spanisch-chilenischen Händel die öffentliche Meinung in der Union der Art in Aufregung gesetzt haben, daß die Regierung dem Drange derselben Rechnung tragen müsse. Ein möglichst beschleunigter Abzug der Franzosen wäre unter diesen Umständen für alle Theile das Beste. Die lang besüchtete amerikanische Intervention wäre also da. Wie wird man sie auffassen? Wenn man sich zu einem eklatanten Akte des muthigen Zurückweichens statt zu den unabsehbaren Verwicklungen eines Krieges mit Amerika entschließen würde, so wäre eine solche Politik nur zu billigen.

* Griechenland. [Die neueste Ministerkrisis. Spionekisches.] Aus Athen vom 2. Dec. wird telegraphisch gemeldet, daß die Kammer mit großer Majorität die Resignation, resp. die Beseitigung der Verfassungs-Paragraphe, die den Staatsrath betreffen, beschlossen hat. Der Minister des Innern hat seine Entlassung gefordert. Graf Sponeck ist abgereist; ein kleiner dänischer Kriegsdampfer hat ihn abgeholt.

Vereins-Heil.

Berlin, 5. December.

* Die General-Versammlung des Alldeutschen Arb.-Vereins betreffend, ist bis jetzt aus Frankfurt a. M. Weiteres nicht eingetroffen. Dagegen erhalten wir von Herrn Schlingmann, dahier, zur Veröffentlichung die folgende

Erklärung.

In Nr. 213 vom 5. Decbr. des „Social-Democrat“ befindet sich eine Erklärung einer „General-Versammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.“

Ich erkläre, daß ich diese von 12 zufällig in Frankfurt a. M. anwesenden Mitgliedern des Vereins improvisirte „General-Versammlung“ sowie ihre Beschlüsse und Funktionen für ungültig und unverbindlich ansehe.